

Landkreis
Pfaffenhofen a.d.Ilm

Pfaffenhofen a.d.Ilm, 27.11.2008

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages öffentlicher Teil

am Montag, den 20.10.2008 um 15:00 Uhr
im Landgasthof Alter Wirt, Geisenfelder Straße 13, 85119 Ernsgaden des Landratsamts (Rent-
amts)

Anwesend sind:

Landrat

Schäch, Josef

stellv. Landrat

Rothmeier, Franz

Westner, Anton

CSU

Axthammer, Brigitte

Bachhuber, Gabriele

Brummer, Alois

Deml, Erich

Dietz, Xaver

Gmelch, Katharina

Heinrich, Reinhard

Ilmberger, Alois

Inderwies, Wolfgang

Machold, Jens

Prechter, Hans

Raith, Otto

Randelzhofer, Annemarie

Russer, Manfred

Schmuttermayr, Franz

Schnell, Richard

Steinberger, Anton

Vogler, Albert

Weichenrieder, Max

Weiß, Florian

geht um 17:32 Uhr

kommt um 15:34 Uhr

SPD

Bals, Thilo

Drack, Elke

Eberle, Gudrun

Herker, Thomas

Huber, Dieter

Schlagbauer, Jörg

geht um 17:25 Uhr

Schmid, Martin

FW

Eisenmann, Alois
Erl, Erich
Finkenzeller, Josef
Hechinger, Max
Heinzlmair, Peter
Huch, Albert
Müller, Ernst
Nerb, Herbert
Stangl, Josef

FDP

Boeck, Matthias
Niedermayr, Franz
Stockmaier, Thomas

kommt um 15:11 Uhr

AUL

Böhm, Günter
Dörfler, Roland
Steinberger, Josef

GRÜNE/ÖDP

Furtmayr, Angelika
Haiplik, Reinhard
Riedl, Helmut
Walter, Annette
Wright, Manuela

geht um 17:00 Uhr

Verwaltung

Gassner, Helga
Grusdat, Heinz
Huber, Karl
Lindner-Kumpf, Andrea
Reisinger, Walter
Schachner, Regina
von Gustedt, Moritz
Zwack, Wolfgang

weitere Teilnehmer

Huber, Bernd
Schuster
Schwytz, Martina

Entschuldigt fehlen:

CSU

Auer, Helmut
Engelhard, Rudi
Görlitz, Erika
Kolisnek, Michael
Repper, Rudolf

SPD

Gaul, Sonja

FW

Alter, Josef

Gigl, Alfons

Singer, Ute

AUL

Ludsteck, Werner

Staudter, Christian

Herr Landrat Josef Schäch eröffnet die Sitzung um 15:06 Uhr. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis. Herr Landrat Josef Schäch begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Schwytz, Geschäftsführerin der Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt, Herrn Schuster, Büro Prof. Kurzak, Herrn Bernd Huber, Herrn von Gustedt und Frau Zurek vom Pfaffenhofener Kurier.

Herr Landrat gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 7 vorgezogen werden soll und nach Punkt 3 behandelt wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Landrat Josef Schäch eine persönliche Erklärung ab.

Tagesordnung

1. Verleihung der Kommunalen Dankurkunden an längjährige Mitglieder des Kreistags
2. Autobahnanbindung "Mittleres Ilmtal";
Vorstellung der Verkehrsuntersuchung über die Machbarkeit einer evtl. zusätzlichen Autobahnanschlussstelle zwischen den Ausfahrten Pfaffenhofen a.d.Ilm und Langenbruck
3. Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt;
Vorstellung der Geschäftsführerin Frau Martina Schwytz
4. Hawk-Stellung Freinhausen (Markt Hohenwart);
Information
5. Errichtung eines Hallenbades in Pfaffenhofen;
Beteiligung des Landkreises
6. Antrag der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zur Planung der 3. Startbahn beim Flughafen München
7. Initiative Landkreis Management;
Information
8. Bekanntgaben, Anfragen

Top 1 Verleihung der Kommunalen Dankurkunden an längjährige Mitglieder des Kreistags

Sachverhalt/Begründung

Rede von Herrn Landrat Josef Schäch anlässlich der Ehrung mit der Dankesurkunde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung am Montag, 20. Oktober 2008 (Kreistagssitzung)

Dank und Anerkennung im Namen des Freistaates Bayern und des Landkreises Pfaffenhofen bei den Geehrten, dass sie sich über lange Jahre hinweg unter Zurückstellung privater Belange und mit großem Zeitaufwand für das Wohl der Allgemeinheit eingesetzt haben und auch künftig dafür noch zur Verfügung stehen.

Die Kommunalpolitik ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zunehmend schwieriger geworden.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Kommunen stellen hohe Ansprüche an die Bürgermeister, Gemeinderäte, Kreisräte und, wie ich aus eigener Erfahrung nun weiß, auch an den Landrat.

Das Forderungspotential an uns Politiker ist manchmal an der Grenze des moralisch vertretbaren.

Im Gegenzug dazu sind viele Bürger nicht bereit, sehr oft auch junge Menschen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Politische Stammtischreden, neunmalklug, sind eben einfacher als sich zu engagieren.

Sie gehören mit Sicherheit nicht dazu. Sie haben sich seit Jahrzehnten mit Tatkraft, sehr oft ehrenamtlich und über Ihre Pflicht für das Wohl Ihrer Gemeinde eingesetzt. Sie mussten ständig präsent und hoch engagiert sein sowie den Bürgern stets zur Verfügung stehen, hier ist nichts mit einem 8 Stunden-Tag! Wir sind fast immer erreichbar.

Das ist die Stärke der Kommunalpolitik! Aber dies fordert auch Opfer an Zeit und Gesundheit. Die Familie kommt häufig zu kurz, nicht nur zu kurz, sie muss auch sehr oft Stabilisator und Gemütspolster sein

Richten Sie daher meinen herzlichen Dank auch an - Ihre Partnerin und Ihre Kinder und Freundeskreis aus, die oft auf Sie verzichten mussten, weil die Pflicht rief und wichtige Termine wahrzunehmen waren.

Die heutige Ehrung soll ein Zeichen und eine Bestätigung dafür sein, dass Sie im echten Bürgersinn, als vorbildliche Vertreter Ihrer Mitbürger, mitgeholfen und dazu beigetragen haben, dass sich unser Landkreis so modern und lebenswert weiterentwickelt hat.

Wenn wir heute, gerade was die kommunalen Aufgaben betrifft, mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft blicken können, so ist dies auch Ihrer weitsichtigen und verantwortungsbewussten Arbeit zu verdanken.

Jetzt wollen wir die Ehrungen mit der Dankesurkunde vornehmen.

Zum Verständnis: Die Ehrung bezieht sich auf Verdienste bis zum Ende der letzten Legislaturperiode, also Ende April 2008.

Im Einzelnen darf ich ehren
 (in alphabetischer Reihenfolge):

Deml Erich, Geisenfeld

Mitglied des Kreistags Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mai 1996	April 2008
Mitglied des Stadtrats Geisenfeld	Mai 1984	April 2008
Zweiter Bürgermeister der Stadt Geisenfeld	Mai 1990	April 1996
- " -	Mai 2002	April 2008

Finkenzeller Josef, Geisenfeld

Mitglied des Kreistags Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mai 1996	April 2008
Mitglied des Stadtrats Geisenfeld	1. Aug. 1990	April 2008

Machold Jens, Wolnzach

Mitglied des Kreistags Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mai 2002	April 2008
Mitglied des Marktgemeinderats Wolnzach	Mai 1990	April 2008
Zweiter Bürgermeister des Marktes Wolnzach	Mai 2002	April 2008

Nerb Herbert, Manching

Mitglied des Kreistags Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mai 2002	April 2008
Mitglied des Marktgemeinderats Manching	Mai 1990	April 2008

Schmid Martin, Vohburg

Mitglied des Kreistags Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mai 1996	April 2008
Mitglied des Stadtrats Vohburg a.d.Donau	April 1989	Mai 2008
Dritter Bürgermeister der Stadt Vohburg	Mai 1990	April 1996
Zweiter Bürgermeister der Stadt Vohburg	Mai 1996	April 2008

Herr Boeck kommt um 15.11 Uhr zur Sitzung.

Der Kreistag hat die Information zur Kenntnis genommen.

**Top 2 Autobahnanbindung "Mittleres Ilmtal";
Vorstellung der Verkehrsuntersuchung über die Machbarkeit einer evtl. zusätz-
lichen Autobahnanschlussstelle zwischen den Ausfahrten Pfaffenhofen a.d.Ilm
und Langenbruck**

Sachverhalt/Begründung

Prof. Dr.-Ing. Harald Kurzak wurde beauftragt, eine Verkehrsuntersuchung über die Wirksamkeit einer Anschlussstelle „Ilmtal“ an die Bundesautobahn 9 durchzuführen. Das Gutachten wurde auf der Grundlage einer Verkehrsanalyse, einer Verkehrsentwicklung und Prognose, mit einem Verkehrsmodell sowie anhand von zwei Planungsfällen erörtert. Herr Prof. Dr. Kurzak kommt zu folgendem Ergebnis:

„Auf der Grundlage detaillierter Verkehrserhebungen an allen Anschlussstellen der A 9 zwischen München und Ingolstadt wurden die Belastungen und die Herkunft-Ziel-Verteilungen an den Anschlussstellen erfasst und die auf eine zusätzliche Anschlussstelle „Ilmtal“ verlagerbaren

Verkehrsanteile ermittelt. Derzeit wird ein Großteil des Quell-/Zielverkehrs von Rohrbach und Umgebung von/zur A 9 Richtung München über die AS Rasthof Holledau abgewickelt, die keinen offiziellen Anschlussstellencharakter besitzt und nicht ausgeschildert ist. Auch ein Teil des Verkehrs aus Pfaffenhofen mit Ziel A 9 Ingolstadt bzw. A 93 Regensburg (und umgekehrt) benutzt diese Möglichkeit, auf schnellstem Wege zur Autobahn zu gelangen.

Mit einer zusätzlichen Anschlussstelle „Ilmtal“ würden diese Verkehre auf kurzem Weg über die St 2232 an die Autobahn angebunden. Dies gilt auch für überregionale Verkehrsanteile eines möglichen Erlebnis-Parks bei Bruckbach, die ohne Autobahnanschluß über das nachgeordnete Straßennetz (überwiegend über die St 2549 und die Ortsdurchfahrt Wolnzach von/zur A 93, AS Wolnzach) abgewickelt werden müssen. Infolge der Verkehrsverlagerungen zur neuen Anschlussstelle werden die bestehenden Anschlussstellen Rasthof Holledau und Pfaffenhofen deutlich, die Anschlussstellen Langenbruck und Wolnzach geringfügiger entlastet. Insbesondere die Kreisstraße PAF 9 mit der Ortsdurchfahrt Walkersbach wird im Abschnitt St 2232 – AS Rasthof Holledau vom erheblichen Verkehrsanteil von/zur Autobahn entlastet. Im Planungsfall mit Verbindungsspange AD Holledau – St 2232 wird ein Großteil der Verkehrsbeziehung Wolnzach - Pfaffenhofen (und umgekehrt) von der Route St 2549 – St 2232 auf die Route über die A 93 - Verbindungsspange umverlagert. Die Verkehrswirksamkeit des Planfalles mit Verbindungsspange (Belastung 7.000 Kfz/Tag) ist daher höher als im Planfall mit Anschlussstelle an der St 2232 im Ilmtal (Belastung der Rampen 5.100 Kfz/Tag).

Beide Anschlussvarianten sind mit einem hohen baulichen und finanziellen Aufwand verbunden. Eine direkte Anbindung der St 2232 an die A 9 ist aufgrund der zu geringen Abstandsverhältnisse zum AD Holledau nicht möglich, der Anschluss könnte erst in Höhe der Ilm erfolgen. Die Anbindung an die St 2232 müsste über eine Spange erfolgen, wobei wegen der Bahnlinie eine aufwändige Anschlusslösung notwendig wäre. Zudem ist eine zusätzliche Anschlussstelle im Ilmtal aufgrund der angrenzenden Steigerungsstrecken auf der hochbelasteten Fernautobahnen A 9 sehr kritisch zu bewerten.

Der Planfall mit Verbindungsspange würde den Ausbau des AD Holledau zu einem „Kleeblatt“ erforderlich machen. Die Lage und Form des Anknüpfungspunktes an die St 2232 müsste bei Weiterverfolgung dieser Lösung im Detail ermittelt werden.

Herr Bernhard Schuster, Büro Prof. Kurzak München, stellt dem Kreistag das Gutachten vor.

Herr Weichenrieder kommt um 15:34 Uhr zur Sitzung.

Der Kreistag nimmt das Gutachten zur Kenntnis. Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt, die Variante einer optimierten Aus- und Einfahrt bei der bisherigen Behelfsausfahrt Geisenhausen weiter zu verfolgen.

Top 3 Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt; Vorstellung der Geschäftsführerin Frau Martina Schwytz

Sachverhalt/Begründung

Frau Martina Schwytz, Geschäftsführerin der Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt, stellt sich dem Kreistag vor. Sie geht dabei u.a. auf die Themen Tourismus, ÖPNV, Fachkräftemangel, Handlungsfelder der IRMA, Internationale Schule und Regionalportal ein.

Herr Schmid und Herr Schlagbauer verlassen die Sitzung vorübergehend um 16:20 Uhr.

Der Kreistag hat die Information zur Kenntnis genommen.

**Top 4 Hawk-Stellung Freinhausen (Markt Hohenwart);
Information**

Sachverhalt/Begründung

Herr Landrat Josef Schäch hat zusammen mit den beiden stellvertretenden Landräten Anton Westner, Franz Rothmeier und weiteren 26 Mitgliedern der Gemeinderäte von Hohenwart, Reichertshofen und Pörnbach unter Führung des Herrn Bürgermeister Russer aus Hohenwart die Firma LFK Lenkflugkörpersysteme GmbH in Unterschleißheim am Donnerstag, 25.09.2008 besucht. Die Vorstände der LFK Herr Bodier und Herr Heilmeier und weitere Fachleute stellten sich dabei den Fragen der Kommunalpolitiker. Anschließend konnte die Test- und Referenzanlage Patriot in Unterschleißheim besichtigt werden. Diese Station soll eins zu eins auf dem Gelände in Freinhausen aufgebaut werden.

Nach der Besichtigung und der Beantwortung der Fragen waren sich die Teilnehmer einig, dass keine Beeinträchtigung der Bevölkerung aufgrund dieser Test- und Referenzanlage in Freinhausen zu befürchten ist. Dies bestätigte uns auch der teilnehmende Prof. Käs. Wie Herr Bodier bestätigte, ist die LFK mit der BIMA, der jetzigen Eigentümerin des Grundstückes in Freinhausen, in Verkaufsverhandlungen getreten. Derzeit ist von der Firma LFK geplant, das Grundstück zu erwerben. Ein entsprechendes Kaufangebot wurde an die BIMA unterbreitet. Es sind noch Altlastenuntersuchungen notwendig. Ein Vertragsentwurf für den Kauf liegt bereits vor.

Als nächste Schritte sind nun die Bauleitplanungen der Gemeinden Reichertshofen und Hohenwart und die Ausweisung des Grundstückes als Sondergebiet notwendig. Nach Vorliegen der Bauleitpläne im Landratsamt Pfaffenhofen werden diese von den Trägern öffentlicher Belange sorgfältig geprüft.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Punkt 7 behandelt.

Frau Furtmayr verlässt die Sitzung um 17:00 Uhr. Frau Bachhuber, Herr Westner, Herr Böhm, Herr Machold und Herr Deml verlassen die Sitzung vorübergehend um 17:00 Uhr.

Top 5 Errichtung eines Hallenbades in Pfaffenhofen; Beteiligung des Landkreises

Sachverhalt/Begründung

Bereits im April dieses Jahres gab es zwischen Vertretern des Landkreises und der Stadt Pfaffenhofen erste Vorgespräche im Hinblick auf die gemeinsame Errichtung eines Hallenbades. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war eine Anregung von Herrn Eichenseher vom Planungsbüro Eichenseher Ingenieure dahingehend, dass die Generalsanierung des Sporttraktes bei der Hauptschule in Pfaffenhofen, verbunden mit einer Sanierung des Lehrschwimmbeckens, wirtschaftlich nicht für sinnvoll erachtet werde.

Daraufhin wurde dieses Thema in mehreren Gesprächen mit den jeweils Verantwortlichen diskutiert. Auch die Fraktionssprecher der im Kreistag vertretenen Fraktionen wurden bereits am 23.07.2008 mit diesem Thema befasst. Der Stadtrat Pfaffenhofen hat in seiner Sitzung vom 21.08.2008 beschlossen, grundsätzlich mit dem Landkreis Pfaffenhofen eine gemeinsame Lösung zu suchen.

Vor kurzem wurde nunmehr dem Landkreis der Beschluss des Stadtrates Pfaffenhofen vom 26.09.2008 zugeleitet. Die Stadt hat folgenden Grundsatzbeschluss gefasst:

- Die Stadt Pfaffenhofen a.d.Ilm strebt mit dem Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm den gemeinsamen Bau und Betrieb eines Hallenbades im Schulzentrum an.
- Dieses Hallenbad soll sowohl der Nutzung im Rahmen des schulischen Sportunterrichts als auch öffentlicher Nutzung für Vereine und die Allgemeinheit in ausreichendem Maß zu Verfügung stehen.
- Die Frage der Betriebsform (kreiseigen, stadteigen, Zweckverbandslösung) soll vorerst noch ebenso offen bleiben wie die Standortfestlegung (an der Realschule oder der Theresia-Gerhardinger-Schule).
- An den Investitions- und Betriebskosten der öffentlichen Nutzung beteiligen sich Landkreis und Stadt zu je 50 %.

Die Kosten der schulischen Nutzung tragen die beteiligten Partner nach der tatsächlichen Inanspruchnahme.

- Stadt und Landkreis einigen sich auf einen unabhängigen Planer, der beide Varianten (Realschule oder Theresia-Gerhardinger-Schule) untersucht und belastbares Zahlenmaterial, u.a. Investitions- und Betriebskosten, liefert.
- An der Hauptschule Pfaffenhofen soll für den Fall der gemeinsamen Hallenbadlösung mit dem Landkreis statt des bisherigen Schulhallenbades eine weitere Turnhalle (Zweifach-Turnhalle) errichtet werden.

Dieser Beschluss, vor allem was die Kostenteilung anbelangt, wurde im Vorfeld nicht mit dem Landkreis abgestimmt. Aus der Sicht der Landkreisverwaltung gibt es dazu folgende Anmerkungen, welche auch in der Fraktionssprechersitzung am 06.10.2008 diskutiert wurden:

1. Der Neubau eines Hallenbades ist nicht Aufgabe des Landkreises. Deshalb sollte die Stadt Pfaffenhofen als Bauherr auftreten. Wie in den Vorgesprächen bereits in Aussicht gestellt, könnte sich der Landkreis an den Investitionskosten mit dem Kostenrichtwert für eine Schulschwimmhalle nach FAG in Höhe von 1.601.200 € beteiligen.
2. Die Betriebskosten für die öffentliche Nutzung hat die Stadt Pfaffenhofen zu tragen. Die Betriebskosten für die schulische Nutzung tragen Stadt und Landkreis je nach tatsächlicher Inanspruchnahme durch die jeweiligen Schulen.
3. Bei einem Neubau am jetzigen Standort des Hallenbades steht sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Schulen in Pfaffenhofen für die Dauer der Bauzeit keine Schwimmhalle zur Verfügung. Ebenfalls fehlen den Landkreisschulen während der Bauzeit zwei Sportstätten für den Sportunterricht. Die Schwimmhalle bei der Realschule wird derzeit von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr an den Wochentagen durchgehend vom Schyren-Gymnasium bzw. der Realschule genutzt.
4. Durch die gemeinsame Nutzung eines Bades mit vergleichbarer Größe entstehen Einschränkungen beim Schyren-Gymnasium und bei der Realschule für den Sportunterricht. Es müsste sichergestellt werden, dass der Wegfall dieser Sportstunden anderweitig, z.B. in der neu errichteten Zweifachsporthalle der Stadt Pfaffenhofen, ersatzweise durchgeführt werden kann.
5. Neben einer finanziellen Investitionspauschale des Landkreises in Höhe des Kostenrichtwertes kommen noch weitere Investitionskosten auf den Landkreis zu. Sollte sich herausstellen, dass die Generalsanierung des jetzigen Hallenbades mit der darüber liegenden Sporthalle wirtschaftlich nicht vertretbar ist und auch von Seiten der Regierung von Oberbayern nicht gefördert wird, bedeutet dies den Abbruch dieses Gebäudes und Errichtung einer Sporthalle an gleicher Stätte. Es ist wohl davon auszugehen, dass der Landkreis eine Zweifachhalle errichten wird, da der Neubau einer Einfachhalle unwirtschaftlich ist. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf ca. 3 Mio. €. Diese Zweifachhalle steht künftig auch den örtlichen Sportvereinen zur Verfügung und ist auch als Beitrag des Landkreises am Gesamtkonzept „Hallenbadneubau“ zu sehen. Die finanzielle Belastung des Landkreises für „Hallenbadneubau“ und „Neubau einer Sporthalle“ wird sich dann wohl auf rd. 5 Mio. € belaufen.

Aufgrund des oben geschilderten Sachverhalts wird deshalb vorgeschlagen, folgenden Grundsatzbeschluss zu fassen:

- Der gemeinsame Bau und Betrieb eines Hallenbades im Schulzentrum Pfaffenhofen zusammen mit der Stadt Pfaffenhofen sollte angestrebt werden.

- Dieses Hallenbad soll sowohl für die schulische Nutzung als auch für die öffentliche Nutzung für Vereine und die Allgemeinheit in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.
- Aus der Sicht des Landkreises wäre es sinnvoll, wenn die Stadt Pfaffenhofen auf städtischem Grund dieses Bad errichtet, da dann der Sporttrakt bei der Realschule bis zur Fertigstellung weiterbetrieben werden könnte und den Schulen für den Sportunterricht sowie der Allgemeinheit weiterhin zur Verfügung stünde.
- An den Investitionskosten des neu zu errichtenden Hallenbades beteiligt sich der Landkreis mit dem jeweils gültigen Kostenrichtwert nach den Richtlinien über die Zuweisungen des Freistaates Bayern zu kommunalen Baumaßnahmen im Kommunalen Finanzausgleich (FA-ZR). Zur Zeit beträgt dieser Wert für eine Schwimmhalle (Einzelübungsstätte) 1.601.200 €
- An den Betriebskosten der öffentlichen Nutzung beteiligt sich der Landkreis nicht. Für die schulische Nutzung beteiligt sich der Landkreis nach der tatsächlichen Inanspruchnahme durch das Schyren-Gymnasium und die Georg-Hipp-Realschule Pfaffenhofen.

Frau Bachhuber und Herr Böhm kommen um 17:03 Uhr wieder zur Sitzung. Der Deml und Herr Westner kommen um 17:04 Uhr wieder zur Sitzung und Herr Machold kommt um 17:12 Uhr wieder zur Sitzung. Frau Drack verlässt die Sitzung um 17:25 Uhr.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses:

Der Landkreis Pfaffenhofen und die Stadt Pfaffenhofen geben eine gemeinsame Vorplanung für die Sportstättenentwicklung (Hallenbad und Sporthallen) im Schulzentrum Pfaffenhofen in Auftrag. Hierfür sollen konzeptionelle Vorschläge und eine Kostenschätzung unterbreitet werden. Die Planungskosten werden anteilig zwischen Landkreis und Stadt aufgeteilt.

Die Verwaltungen des Landkreises und der Stadt Pfaffenhofen erheben, welche Übungseinheiten im Rahmen des schulischen Bedarfs als notwendig anerkannt werden und mit welchen Zuwendungen des Freistaats Bayern gerechnet werden kann. Der Kreistag ist über das Ergebnis zu unterrichten.

Anwesend:	48
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0

Top 6 Antrag der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zur Planung der 3. Startbahn

**beim Flughafen
München**

Sachverhalt/Begründung

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat mit Schreiben vom 8. September 2008 folgenden Antrag gestellt:

„Die Planungen für die dritte Startbahn beruhen angeblich auf überholten Zahlen. Die Kreisräte Claudia Jung und Max Hechinger beantragen, dass der Landkreis sich dem Thema politisch verstärkt und konkret annimmt. Wir bitten Sie daher folgende Fragen umfassend und vertieft zu klären:

1. Beruhen die Planungen auf überholten Zahlen?
2. Sind die Interessen des Landkreises Pfaffenhofen in der Fluglärmkommission bestmöglich vertreten?
3. Kann zusätzlich durch eine Mitgliedschaft in der „Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung e.V.“ eine bessere Einflussnahme und Informationsfluss für die Bürgerinnen und Bürger Pfaffenhofens erreicht werden?
4. Ist eine differenzierte Darstellung des Schallpegels auch unter <50 dB(A) für den Landkreis sinnvoll?
5. Wie kann der Landkreis den Verlauf der nördlichen Ausweich-Flugrouten bei ungünstigen Wetterlagen bzw. grundsätzlichen klimatischen Veränderungen südlich des Landkreises beeinflussen?
6. Wie können die südlichen Gemeinden des Landkreises ein eigenes Stimmrecht in der Fluglärmkommission erreichen, wenn die Zusammensetzung der Kommission Ende 2009 aufgrund der Startbahn-Lärmverlagerungen neu geregelt wird?

Mit dem geplanten Bau der 3. Startbahn besteht die Gefahr, dass weitere Belastungen auf die umliegenden Landkreise z.B. auch Pfaffenhofen zukommen. Aus diesem Grund haben die Landkreise Freising, Erding, Ebersberg, Dachau, Landshut und München und über 60.000 Bürger bereits Einspruch gegen die geplante Erweiterung erhoben. Der Landkreis Pfaffenhofen muss sich mehr in die Startbahn-Diskussion einbringen und soweit möglich die Planungen um den Lärmschutz rechtzeitig mit beeinflussen.

Unser Landkreis Pfaffenhofen hat sich bisher zu wenig mit der möglichen Lärmproblematik befasst, um mögliche Folgen im Betrieb der Startbahn auch fundiert beurteilen zu können: Wer jetzt schläft, schläft vielleicht bald nicht mehr! Dieses Risiko sollte unser Landkreis stärker minimieren!“

Herr Landrat Josef Schäch stellt ausdrücklich fest, dass dieser Antrag keinerlei Angriff auf die Person von Albert Vogler darstellt. Herr Vogler vertritt den Landkreis Pfaffenhofen hervorragend und zur vollsten Zufriedenheit in der Fluglärmkommission.

Herr Vogler gibt folgende Stellungnahme zu den Behauptungen bzw. Begründungen des Antrages der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zur Planung der 3. Startbahn beim Flughafen München ab:

„Die Anmerkungen in der oben genannten Begründung sind aus meiner Sicht nicht zutreffend. Dies möchte ich mit den nachfolgenden Punkten belegen:

- Ich möchte darauf hinweisen, dass der Landkreis Pfaffenhofen außerhalb des Beteiligungsumgriffes liegt und deshalb seine Einwendungen nur durch die Lärmschutzkommission, dessen Mitglied ich bin, einbringen kann und dies ja im Rahmen ihrer Beteiligung bei diesem Verfahren eine ablehnende Haltung abgegeben hat. In der 43. Sitzung der Fluglärmkommission am 28.11.2007 wurde im Rahmen der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren für eine 3. Start- und Landebahn nachfolgender Beschluss gefasst:

„Die Fluglärmkommission lehnt die im o.g. Planfeststellungsverfahren beantragte dritte Start- und Landebahn ab.“ (Anlage 1)

- Der Pfaffenhofener Kurier wurde in dieser Angelegenheit von mir eingehend über dieses Verfahren informiert. Dies belegen die Artikel in den Ausgaben vom 30.11.2007 und 07.12.2007. (Anlage 2).

Hierin wurde ausführlich über die Situation/Sachverhalt und die ablehnende Haltung der Fluglärmkommission berichtet. Desweiteren wurde in diesen Berichten auf die Möglichkeit der einzelnen Bürger zu der Abgabe einer persönlichen Einwendung hingewiesen. Hierzu stellte man u.a. über die Homepages der Gemeinden Schweitenkirchen und Reichertshausen so genannte Mustereinwendungen zum Download bereit. Aber auch in gedruckter Form standen diese Muster zur Verfügung und wurden sogar auf Anforderung zugesandt.

- In der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 04.12.2007 berichtete ich dem Gremium genauso ausführlich über dieses Planfeststellungsverfahren und die Möglichkeit zur Einlegung einer persönlichen Einwendung gegen dieses Vorhaben. Im Rahmen meines Berichtes wurden u.a. den Anwesenden die Schreiben der Regierung von Oberbayern zu diesem Anhörungsverfahren an die Fluglärmkommission, sowie an das Landratsamt Pfaffenhofen, zur Kenntnis gebracht. (Anlage 3)
- Dem Landratsamt Pfaffenhofen wurden mit Schreiben der Regierung von Oberbayern vom 18.10.2007 47 Ordner samt DVD zu diesem Planfeststellungsverfahren übersandt. (Anlage 4)
- Im Rahmen der Bürgermeisterdienstbesprechung vom 06.12.2007 wurden durch meine Person die anwesenden Landkreiskollegen nochmals über dieses Planfeststellungsverfahren zur Errichtung einer 3. Start- und Landebahn eingehend informiert. Auch hier wies ich nochmals auf die Möglichkeit der Einreichung von persönlichen Einwendungen durch die Bürger und die ablehnende Haltung der Fluglärmkommission zu diesem Verfahren hin.

- Die Möglichkeit der Bürger zur Einbringung von persönlichen Einwendungen gegen dieses Planfeststellungsverfahren zur Errichtung einer 3. Start- und Landebahn wurde wie bereits erwähnt, über die Berichte vom 30.11.2007 und 07.12.2007 im Pfaffenhofen Kurier, durch die Homepage der Gemeinde Schweitenkirchen und Reichertshausen und der Homepage des Landkreises Pfaffenhofen den Bürgern zur Kenntnis gebracht. Dementsprechende Downloads mit „Mustereinwendungen“ wurden hier bereitgestellt (Anlage 5). Die bis zum 14.12.2007 eingegangenen Einwendungen wurden an die zuständige Stelle der Regierung von Oberbayern persönlich durch den Bürgermeister der Gemeinde Kirchdorf weitergeleitet.

Abschließend muss ich feststellen, dass aus meiner Sicht alles menschenmögliche getan wurde, den Landkreis, die betroffenen Gemeinden und auch die Bürger eingehend zu informieren und ihnen die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ich bedauere die teilweise unsachliche polemische Formulierung des Antrags der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zur Planung der 3. Start- und Landebahn beim Flughafen München, denn mit Schlagworten alleine und einer unzureichenden Sachanalyse lässt sich gar nichts zum Wohle unserer Bürger bewegen!“

Außerdem beantragt Herr Vogler die Ergänzung zu Tagesordnungspunkt 4 um nachfolgenden Fragepunkt:

„Welche rechtlichen Schritte kann der Landkreis Pfaffenhofen gegen den Planfeststellungsbeschluss ergreifen?“

Herr Heinrich stellt im Namen der CSU-Kreistagsfraktion folgenden Zusatzantrag, der auf der Kreistagsitzung am 20.10.2008 zusätzlich behandelt werden soll:

„Völlig unabhängig von der Frage betreffend der Auswirkungen einer eventuellen 3. Startbahn stellen die Gemeinden im südlichen Landkreis Pfaffenhofen – insbesondere dabei die Gemeinde Jetzendorf – fest, dass die Flugzeuge welche landen wollen, bei Ostwind eine Anfluglinie benutzen, die zwischenzeitlich als sehr laut und störend empfunden wird. Vor allem im Bereich der Gemeinde Jetzendorf fällt dies auf, da die Flugzeuge dort bereits eine relativ niedrige Höhe haben und eine Kurve fliegen, um dann auf eine der beiden Runway's am Flughafen landen zu können.

Namens der CSU-Kreistagsfraktion darf ich Sie, sehr geehrter Herr Landrat, sehr herzlich bitten, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen und zu erfragen, warum das so ist bzw. wie der ungute Zustand beseitigt oder zumindest deutlich gemildert werden kann.“

Herr Landrat Josef Schäch sagt zu, bei der Regierung von Oberbayern nachzufragen, ob sich an bei den Anfluglinien etwas geändert hat.

Frau Abteilungsleiterin Regina Schachner beantwortet die im Antrag der FW vom 08.09.2008 gestellten Fragen zum Vorhaben dritte Start- und Landebahn des Flughafens München bzw. zur Fluglärmkommission:

Zu Frage 1:

Dass die Planungen für die dritte Start- und Landebahn des Flughafens München auf überholten Zahlen beruhen, ist eines der zentralen Argumente der Startbahn-Gegner. Auch Herr Bürgermeister Vogler geht davon aus, dass die Zahlen überholt sind. Diese Streitfrage wird im Planfeststellungsverfahren, das die Regierung von Oberbayern durchführt, geklärt und kann nicht vom Landratsamt Pfaffenhofen entschieden werden. Eine Nachfrage bei der Regierung von Oberbayern ergab, dass vom Antragsteller aktualisierte Gutachten gefordert wurden.

Zu Frage 2:

Die Interessen des Landkreises Pfaffenhofen werden durch Herrn Bürgermeister Vogler als Mitglied der Fluglärmkommission bestens vertreten.

In der Sitzung der Fluglärmkommission vom 28.11.2007 wurde über den Antrag der Flughafen GmbH (FMG) beraten und der Antrag wurde von allen Gemeinde- und Landkreisvertretern abgelehnt.

Herr Bürgermeister Vogler informierte sowohl die Kollegen in der Bürgermeisterdienstbesprechung vom 06.12.2007 als auch die Öffentlichkeit in Presseberichten über die Möglichkeit, bei persönlicher Betroffenheit Einwendungen gegen das Vorhaben zu erheben. Es wurden auf Initiative von Herrn Vogler sogar Mustereinwendungen zum Download zur Verfügung gestellt.

Der Schweitenkirchener Bürgermeister engagiert sich als Mitglied der Fluglärmkommission sehr und nimmt seine Aufgabe sehr ernst.

Zu Frage 3:

Der Nutzen einer Mitgliedschaft in der „Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung e.V.“ für den Landkreis Pfaffenhofen erscheint der Verwaltung fraglich, da gegenüber den Einflussnahmemöglichkeiten durch die Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission kein Zusatznutzen erkennbar ist, zumal mangels Beteiligung als Betroffener (der Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm liegt außerhalb des Beteiligungsumgriffes für das Planfeststellungsverfahren) keine Klagemöglichkeiten des Landkreises Pfaffenhofen bestehen.

Allerdings – wenn es politischer Wille ist – könnte man Vertreter der Schutzgemeinschaft einladen und sich über deren Aktivitäten genauer informieren lassen. Die Kreisgremien könnten sodann entscheiden, ob sie eine Mitgliedschaft für sinnvoll erachten. Dabei handelt es sich um eine politische Entscheidung.

Zu Frage 4:

Die Frage, ob eine differenzierte Darstellung des Schallpegels bzw. der Fluglinien unterhalb von 50 dB (A) sinnvoll ist, kann auf Wunsch über die Fluglärmkommission an deren Vorsitzenden weitergeleitet werden.

Zu Frage 5:

Auch die Problematik der Ausweich-Flugrouten (bzw. der Warteschleifen – Antrag von Herrn Bürgermeister Heinrich) kann über die Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission dort diskutiert bzw. über einen Antrag an deren Vorsitzenden weitergeleitet werden.

Zu Frage 6:

Eine Neuzusammensetzung der Fluglärmkommission wird am Ende des Planfeststellungsverfahrens für die dritte Start- und Landebahn diskutiert werden. Allerdings ist das Gremium bereits jetzt sehr groß, so dass einige Gemeinden, deren Entfernung zum Flughafen München geringer ist als die der südlichen Gemeinden des Landkreises Pfaffenhofen, derzeit keinen Sitz haben. (Es gibt laut Herrn Vogler zu dieser Thematik auch ein Gutachten, das sich mit dieser Fragestellung befasst.)

Daher erscheinen die Aussichten dafür, dass die südlichen Gemeinden des Landkreises Pfaffenhofen einen Sitz in der Fluglärmkommission erhalten werden, äußerst gering.

Wenn besonderer Wert auf eine Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission gelegt wird, um von den Einflussmöglichkeiten unmittelbarer Gebrauch machen zu können, könnte darüber nachgedacht werden, die stellvertretende Mitgliedschaft, die derzeit vom jeweiligen Umweltjuristen des Landratsamtes Pfaffenhofen wahrgenommen wird, an ein Mitglied des Kreistages zu übertragen.

Der Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm bringt sich bereits bisher im Rahmen der Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission, vertreten durch Herrn Bürgermeister Vogler, in die Startbahn-Diskussion ein und wird dies auch weiterhin tun.

Im Übrigen werden die Fragen des Lärmschutzes im Planfeststellungsverfahren von der Planfeststellungsbehörde, der Regierung von Oberbayern, geprüft.

Herr Russer verlässt die Sitzung um 17:32 Uhr.

Der Kreistag nimmt den Antrag der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zur Kenntnis.

Top 7 Initiative Landkreis Management; Information

Sachverhalt/Begründung

Neben der Aufgabenerfüllung des Landratsamts im Rahmen der Stab-Linien-Organisation besteht aufgrund neuer Aufgabenzuweisungen zunehmend Bedarf nach neuen Steuerungs- und Kooperationsmodellen. Beschleunigt wird die Notwendigkeit durch das Entstehen neuer Aufgaben außerhalb der „klassischen“ Verwaltungsorganisation und die sehr dynamische Entwicklung der „Initiative Regionalmanagement Ingolstadt“ – IRMA.

Neue Aufgaben stellen sich vor allem in den Bereichen

- Regionalentwicklung
- Wirtschaft (Netzwerkbildung und operatives Aufgabenmanagement)
- Tourismus (Vernetzung bestehender Angebote und Ausweitung des Marketings)
- Ökologie/Energie (z.B. Energieberatung)
- Landwirtschaft

- Bildung (Wissensmanagement, Weiterentwicklung der VHS zum modernen Dienstleistungsunternehmen, prekäre Ausbildungsverhältnisse)
- Infrastruktur (Vernetzung, Planung und Realisierung von Projekten)
- E-Government (Ausweitung von Telearbeitsplätzen, Virtuelle Verwaltungsdienstleistungen)

Wenn die Interessen des Landkreises in den Strukturen der IRMA angemessen und nachhaltig vertreten sein sollen, so müssen zeitnah strukturelle Entscheidungen getroffen werden, um in den Projekten mitarbeiten zu können.

Dazu gibt es zwei Alternativen:

1. Stärkung der Stab-Linien-Organisation und Schaffung von bisher nicht vorhandenen Organisationseinheiten mit den dazugehörenden Stellen in den Bereichen Regionale Zusammenarbeit, Bildung, Tourismus, Wirtschaftsförderung usw.
2. Aufsetzung einer Projektstruktur für die einzelnen Bereiche unter Einbeziehung von Mitarbeitern des Landratsamts und externer Kräfte, z.B. aus den Bereichen Kommunalpolitik, Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Kultur, Ehrenamt usw.

Die Projektstruktur hat dabei folgende Vorteile:

- Es werden die bereits seit über zwei Jahren bestehenden Projektgruppen und Kommunikationsstrukturen aus dem Bereich „Wirtschaft“ fortgesetzt und um weitere Gebiete erweitert.
- Durch Einbeziehung externer Kräfte können zusätzliche Erfahrungs- und Wissenspotentiale genutzt werden, die im Landratsamt nicht vorhanden sind bzw. nicht vorgehalten werden.
- Projektstrukturen sind insbesondere dazu geeignet, dem Mainstream Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen gerecht zu werden (Stichwort „Weiterentwicklung der zivilen Bürgergesellschaft“). Interne und externe Mitarbeiter/innen können sich engagieren und mit nachhaltiger Wirkung die Entwicklung des Landkreises Pfaffenhofen stärken.
- Es gibt bereits eine Reihe von erfolgversprechenden Initiativen, die sowohl in die Landkreis- als auch in die Regionalentwicklung eingebracht und verstärkt werden können. Die bereits entstandene Dynamik wird nicht unterbrochen.
 - Tourismus (Beteiligung an der Internationalen Tourismusbörse in Berlin, Planungen zur weiteren Beschickung großer Tourismusmessen, Initiative „Bayerns schönste Mitte“, Entwicklung von Tourismusangeboten auf regionaler Ebene (Projektgruppe der IRMA).

- Wirtschaft (Unternehmerbefragung, Kontaktaufbau zu Unternehmen im Landkreis durch den Arbeitskreis Wirtschaft, Herrn Bernd Huber)
 - Bildung/Integration (Initiative „Ausbildung für ALLE“, erfolgreiche Vermittlung von Ausbildungsstellen durch einen Verwaltungsmitarbeiter und eine Sozialpädagogin, Businessakademie Hallertau)
 - Regionalentwicklung (Vertreter der Interessen des Landkreises bei der IRMA, Beteiligung beim Aufbau eines Regionalportals, Regionale Leitbildentwicklung)
- Die Entscheidungskompetenzen bleiben voll bei den Kreisgremien.
 - Laufende Ausgaben werden im Kreishaushalt veranschlagt und bleiben in der Souveränität der Kreisgremien.

Der Aufbau gebündelter Aktivitäten beim Landkreis ist naheliegend und wirtschaftlich, da die einzelnen Kompetenzen bei nicht allen Landkreisgemeinden vorgehalten werden.

Herr Bernd Huber stellt den Bereich „Wirtschaft“ vor (Präsentation als Tischvorlage).

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Punkt 3 behandelt.

Herr Schmid und Herr Schlagbauer kommen um 16:27 Uhr wieder zur Sitzung.

Der Kreistag nimmt die „Initiative Landkreis Management“ zustimmend zur Kenntnis. Landrat und Verwaltung werden beauftragt, insbesondere die Bereiche Regionales, Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Ökologie/Energie, Infrastruktur und E-Government weiter zu entwickeln und die Kreisgremien über die Arbeitsergebnisse zeitnah zu informieren.

Top 8 Bekanntgaben, Anfragen Sachverhalt/Begründung

Herr Moritz von Gustedt stellt sich als neuer Jurist am Landratsamt den Kreisräten kurz vor.

Der Kreistag hat die Information zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung endet um 17:55 Uhr.

Landrat Josef Schäch

Protokoll: Helga Gassner